

Hinweis: Zum optimalen Navigieren die
Option *Bookmarks* aktivieren.



Auf GRÜN kommt es an

Unser Programm zur Kommunalwahl 2006

Verabschiedet auf der Kreismitglieder-
versammlung am 12. November 2005

Frankfurter GRÜNE – eine Erfolgsbilanz	3
Umweltschutz sichert Lebensqualität	5
GrünGürtel – Stadtwald – Gewässer – Klimaschutz – Luft und Lärm – FSC-Holz – Mülltrennung	
Kein rücksichtsloser Ausbau des Flughafens	7
Bannwald – Nachtflüge – Stadtregierung – Einwendungen	
Für eine neue Mobilitätskultur	9
Mobilität – Fußverkehr – Radverkehr – Routennetz – Abstellplätze – Sicherheit – ÖPNV – Straßenbahn – Autoverkehr	
Frankfurt, eine Stadt für Kinder und Familien	12
Kitas – Qualitätsoffensive – Spielplätze – Bildung	
Bildung für alle	14
Unterricht – Sozialarbeit – Gebäude – Büchereien	
Solidarität statt sozialer Kälte	15
Armut – Arbeitsmarkt – Ein-Euro-Jobs – Neuer Vertrag – Infrastruktur – Ganztagsangebote – Altenhilfe	
Hin zu einer behindertengerechten Stadt	17
Barrierefreiheit – Arbeitsplätze – Mitsprache – Kinder	
Gesundheit für alle	18
Krankenhäuser – Psychiatrie – AIDS – Drogen – Mobilfunk	
Frauenpolitik und Geschlechterdemokratie voranbringen	19
Mädchen – Gender Mainstreaming – Römer – Gewaltschutz	
Lesben- und schwulenfreundliches Frankfurt	20
Römer – Zuschüsse – Jugendliche – ältere Menschen	
Frankfurt, multikulturell	21
Integrationskonzept – Jugendliche – ältere Menschen – Gesundheit – „Illegale“	
Frankfurt, lebendig, grün, kompakt	22
Flohmarkt – Altstadt – Nutzungen – Verdichtung – Freiflächen – Wallanlagen – Brunnen – Erhaltungssatzungen – kreative Konzepte	
Sicherheit ist nicht gleich Überwachung	25
öffentlicher Raum – Videoüberwachung – Polizei	
Gut wohnen in allen Lebenslagen	26
Wohnungsmarkt – Verkäufe – Mietpreise – Mietspiegel – private Initiativen – Neubau – ältere Menschen	
Kunst und Kultur, lebendig und vielfältig	28
freie Szene – Servicestelle – Kinder und Jugendliche – ältere Menschen – Film – Museen – Land Hessen – öffentlicher Raum – NS-Zeit – Denkmale – Schwimmbäder	
Wirtschaftspolitik, sozial und ökologisch	30
Region – Einzelhandel – Existenzgründungen	
Für eine nachhaltige kommunale Finanzpolitik	31
Konjunkturprogramm – Gewerbesteuer – PPP u.ä. – Privatisierung	
Regional denken, kommunal handeln	32
Land Hessen – Planungsverband – Regionalkreis	
Hin zu einer modernen Stadtverwaltung	33
Verwaltungsreform – Dienstvereinbarung – Beruf und Familie – Lehrstellen – E-Government	
Ortsbeiräte stärken, Bürgerbeteiligung fördern	35
Rederecht – Kompetenzen – Geldmittel	

Frankfurter GRÜNE – eine Erfolgsbilanz

Wir GRÜNE haben in unserer mehr als fünfundzwanzigjährigen Geschichte in Frankfurt viel bewirkt. Auch in den letzten Jahren haben wir als Partner in einem breiten Bündnis im Römer erfolgreich für eine Politik der solidarischen und ökologischen Veränderung gestritten.

Umweltschutz: Wir haben die Anschaffung schadstoffarmer Busse und die Erstellung eines Mobilfunk-Katasters auf den Weg gebracht. Wir bauen alle neuen Kindertagesstätten und Schulen im Passivhausstandard.

Mainufer: Die inzwischen nahezu abgeschlossene Sanierung des Mainufers und seine Rückgewinnung als attraktive öffentliche Grünanlage wurde von uns Grünen initiiert und umgesetzt.

Lärmschutz: Die Stadt klagt auf unser Betreiben hin gegen den Bund wegen fehlender Lärmschutzwände an der A5 für die Stadtteile Praunheim, Nieder-Ursel und Kalbach.

Radverbindungen: Seit dem Frühsommer 2005 kann man dank unser GRÜNEN Initiative am Friedberger Tor auf dem Rad die Friedberger Landstraße sicher queren und durch die Wallanlagen weiter radeln bis zum Eschenheimer Tor und in die Innenstadt. Rund um den Alleenring ist nun das Radfahren gegen die Einbahnstraße in den Tempo 30-Zonen erlaubt. Wir haben durchgesetzt, dass die Radroute von Eschersheim in die Innenstadt realisiert wird; die Radroute Bornheim-Bockenheim wurde bereits eröffnet. Im Haushalt stehen auf Initiative von uns GRÜNEN für 2006 rund fünf Millionen Euro für den Bau und die Unterhaltung von Radwegen zur Verfügung.

Kinderbetreuung: In der vergangenen Wahlperiode entstanden 700 neue Krabbelstubenplätze und wir haben 1500 neue Plätze in Kindertagesstätten geschaffen, 300 weitere Plätze kommen 2006 hinzu.

Obdachlose: Dank unseres hartnäckigen Eintretens wird die B-Ebene in der Hauptwache im Winter für Obdachlose geöffnet.

Jugendliche: Auf unsere Initiative hin wurde der Magistrat beauftragt, Projekte gegen die Verschuldung von Jugendlichen zu starten.

Beratungsstellen: Wir sind erfolgreich für den Erhalt der Erziehungsberatungs- und Schuldnerberatungsstellen eingetreten.

Bildung: In der vergangenen Wahlperiode haben wir fünfzehn neue Ganztagschulen geschaffen. Im Haushalt stehen auf unsere GRÜNE Initiative hin für 2006 aus den Erlösen des Verkaufs der Frankfurter Sparkasse zusätzlich dreizehn Millionen Euro für den Bildungsbereich zur Verfügung.

Behinderte: Auf unsere Veranlassung wurde eine große Anhörung zur Lage von Menschen mit Behinderungen durchgeführt und wir haben durchgesetzt, dass seit 2002 in Frankfurt behindertenfreundliche Betriebe ausgezeichnet werden. Wir haben dafür Sorge getragen, dass die Vorschläge der Bürgerinitiativen *Rödelheimer Aufruf* und *Stufenlos vereintes Rödelheim* zum Umbau des Rödelheimer Bahnhofs

aufgegriffen wurden. Der Magistrat wurde dank uns beauftragt, jährlich einen Bericht zur Barrierefreiheit in Frankfurt vorzulegen.

Frauen: Die Kampagne *Gewalt ist nie privat* wurde auf unsere Initiative hin gestartet, Gender Mainstreaming in die städtischen Institutionen implementiert.

Antidiskriminierung: Nach jahrelangem Tauziehen haben wir durchgesetzt, dass die Stadt Frankfurt nun endlich eine Antidiskriminierungsrichtlinie hat.

Schöneres Frankfurt: Für das Programm *Schöneres Frankfurt* haben wir GRÜNE gegen alle Widerstände erreicht, dass die zur Verfügung stehenden Gelder eins zu eins auf die Innenstadt und die Stadtteile aufgeteilt werden.

Riederwald: Wir waren maßgeblich daran beteiligt, dass für den Riederwald eine Erhaltungssatzung erlassen wurde.

Bahnhofsviertel: Unserem Eintreten ist es geschuldet, dass für mehr Wohnen im Bahnhofsviertel eine Förderrichtlinie erarbeitet wurde und ein Fördertopf von zehn Millionen Euro bereitsteht.

Kultur: Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass in der Römerstadt ein Ernst-May-Museum entsteht und dass Forsythe trotz Schließung des TAT Frankfurt erhalten bleibt, die Freien Gruppen erfuhren dank uns weiterhin Förderung und Unterstützung.

Wir wollen auch in Zukunft in Frankfurt Verantwortung übernehmen, um eine gerechte und nachhaltige Politik für die Menschen egal welchen Alters, welchen Geschlechts, welcher Herkunft zu verwirklichen. Wir wollen, dass unsere Stadtgesellschaft solidarisch, tolerant und offen für Neues ist. Gleichzeitig wollen wir darauf achten, die natürlichen Lebensgrundlagen und unser kulturelles Erbe zu bewahren. Wir stellen uns den Problemen der Gegenwart und den Herausforderungen der Zukunft. Deshalb gilt unser besonderes Engagement den Schwächeren in unserer Gesellschaft. Kinderbetreuung, Bildung und Förderung von Kindern, eine umweltverträgliche Mobilität sowie der Widerstand gegen den Flughafenausbau liegen uns besonders am Herzen.

Umweltschutz sichert Lebensqualität

Umweltschutz und Umweltpolitik sind kein Luxus, den man sich mal leistet und mal nicht. Sie haben die Aufgabe, unsere Lebensgrundlagen und Lebensqualität zu sichern, und sind deshalb unverzichtbar. Besonders wichtig ist uns Frankfurter GRÜNEN das von uns initiierte Projekt des GrünGürtels. Hier zeigt sich, wie Naturschutz und Naherholung sinnvoll ineinander greifen können. Wir treten konsequent für die Erhaltung und Ausweitung des GrünGürtels ein und erteilen unabhängig von der jeweils vorgesehenen Nutzung allen Vorhaben, GrünGürtelflächen zum Zwecke der Bebauung zu verkaufen, eine eindeutige Absage. Der GrünGürtel ist viel zu wertvoll, um als Bauland vergeudet zu werden. Vielmehr soll für den Artenschutz geprüft werden, ob weitere Flächen als Flora-Fauna-Habitat-Gebiete ausgewiesen werden können. Projekte, die neue Wege der Integration von Naturschutz und damit verträglicher Freizeitnutzung suchen, sollen im GrünGürtel exemplarisch entwickelt werden. Hervorragendes Beispiel hierfür ist der Hub-schrauberlandeplatz Bonames. Für den Osten Frankfurts, in der Nähe der EZB, fordern wir den Lückenschluss. Auch soll der GrünGürtel durch Führungen, Kurse und Aktionen für Kinder und Erwachsene noch besser bekannt gemacht werden.

GrünGürtel

Auch der Stadtwald ist ein wichtiges Naherholungsgebiet für die Frankfurterinnen und Frankfurter. Wir stellen uns gegen jede weitere Zerstückelung des Stadtwaldes und fordern mit Blick auf die bestehenden Verkehrsstraßen, Wildbrücken als Naturausgleichsmaßnahmen zu bauen. Auch das Mainufer, die Stadtparks, Weiher, Grünanlagen und Spielplätze tragen viel zur Lebensqualität in unserer Stadt bei. Wir werden darauf drängen, dass genügend finanzielle Mittel dafür bereitgestellt werden, um deren Attraktivität und Funktionsfähigkeit zu erhalten und zu verbessern.

Stadtwald

Die Renaturierungsmaßnahmen zur Verbesserung der Wasserqualität, zur Durchlässigkeit für Fische und für den Hochwasserschutz sind fortzuführen. Um den Fischen im Main bessere Bedingungen zu bieten, müssen die Uferlinie stärker strukturiert, hartverbautes Ufer rückgebaut, wellengeschützte Uferbereiche angelegt und Staustufen durchlässig gemacht werden. All diese Maßnahmen sind aus Mitteln der Ausgleichsabgabe zu finanzieren. Um zu einer weiteren Verbesserung der Wasserqualität des Mains zu gelangen, ist die Zusammenarbeit mit den Main- und Nebenflussanrainern flussaufwärts notwendig. Unser mittelfristiges Ziel ist, dass die Frankfurterinnen und Frankfurter wieder im Main schwimmen können.

Gewässer

Klimaschutz ist notwendig, um gegen den Treibhauseffekt vorzugehen. Dazu müssen CO₂-Emissionen eingespart werden. Außerdem entstehen so neue Arbeitsplätze und die Abhängigkeit von fossilen Energien verringert sich. Die Frankfurter Erfolge beim Klimaschutz müssen weiter geführt werden. Ermöglicht wurden sie vor allem durch das Energiereferat, für dessen Erhalt und Stärkung wir GRÜNE eintreten. Bei bestehenden städtischen Gebäuden wollen wir durch Leitlinien zum Energiemanagement den Klima-

Klimaschutz

schutz voranbringen; bei allen städtischen Neubauten, nicht nur bei Schulen und Kindertagesstätten, soll die Passivhausbauweise zum Standard werden. Um Sonnenkollektoren für die Warmwasserversorgung zu fördern, fordern wir eine solare Satzungsatzung für alle Wohngebäude und ein Dachkataster für Photovoltaik-Anlagen, das potentielle Investoren mit Informationen über geeignete Flächen versorgt. Angesichts steigender Energiepreise sollen Hausbesitzer und Privathaushalte verstärkt über Fördermaßnahmen zur Gebäudesanierung und über Energieeinsparpotentiale informiert werden. Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Preisgestaltung der Energie- und Wasserversorgungsunternehmen. Sie sollen durch neue Angebote und neue Tarifstrukturen das Energie- und Wassersparen fördern. Gleichfalls muss die Mainova endlich ihre Tarifgestaltung bei den Gaspreisen offen legen, damit verbraucherfeindliche Preiserhöhungen ausgeschlossen werden.

Zur Halbierung der CO₂-Emissionen muss ein konkreter Maßnahmenplan mit Zeit- und Kostenrahmen erstellt werden, zur künftigen Erfolgskontrolle bedarf es einer CO₂-Bilanz für das Jahr 2005. Wir Grüne setzen uns zur Verbesserung der Luftqualität und Reduzierung von Feinstaub für geringere Fahrgeschwindigkeiten, die Reduzierung der Gesamtmenge an Kraftfahrzeugverkehr und die schnelle Einführung von Umweltzonen ein, in denen nur „saubere“ Fahrzeuge fahren dürfen. Als weitere Maßnahmen schlagen wir die Erprobung eines generellen Tempolimits auf den Autobahnen in und um Frankfurt und den Ausbau des Erdgastankstellennetzes vor. Für eine grundlegende Verbesserung der Luft ist aber eine Verkehrs- und Energiewende in der gesamten Region unerlässlich. Neben der Luftverschmutzung belastet auch Lärm die Frankfurter Bürgerinnen und Bürger. Die bereits geplanten Maßnahmen – Geschwindigkeitsverringerungen, Lärmschutzwände, nicht quietschende Straßenbahnen und ein leiserer Straßenbelag – müssen zügig umgesetzt werden.

Wir GRÜNE wollen, dass die Stadtverwaltung und die stadtnahen Gesellschaften ihr Beschaffungswesen ändern und künftig ökologischen Kriterien und dem fairen Handel Rechnung tragen. So sollen sie bei der Beschaffung von Holz nur noch nach den Richtlinien des Forest Stewardship Council zertifiziertes Holz kaufen. Entsprechend muss auch der Stadtwald anhand der Festlegung ökologischer Kriterien zertifiziert werden.

Müllvermeidung und Mülltrennung nützen sowohl der Umwelt als auch – da sie die Abfallgebühren senken – den Bürgerinnen und Bürgern. In großen Wohnanlagen ist jedoch die Mülltrennung nach wie vor unzureichend und das Müllaufkommen überdurchschnittlich groß. Wir GRÜNE wollen erreichen, dass die städtischen Wohnungsbaugesellschaften ein konsequentes Abfallmanagement mit abfallwirtschaftlichen Analysen, Beratung der Mieterinnen und Mieter und – wo notwendig – betreuten Müllschleusenprojekten einführen. Die Angebote der Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH sind entsprechend auszuweiten.

Gaspreise

Luft und Lärm

FSC-Holz

Mülltrennung

Kein rücksichtsloser Ausbau des Flughafens

Wir Frankfurter GRÜNE setzen uns mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften gegen einen Flughafenausbau außerhalb des Zauns ein. Die Bekämpfung des geplanten Flughafenausbaus steht ganz oben auf unserer Agenda. Die Nachteile eines weiteren Flughafenausbaus mit erheblichen Kapazitätssteigerungen sind um ein Vielfaches größer als die möglichen Vorteile. Wir sind für Ressourcenschonung und den Erhalt der für uns lebenswichtigen Umwelt. Die Zerstörung von 400 Hektar Bannwald ist für uns daher nicht hinnehmbar.

Wir sind keine Flughafengegner, gegen das Fliegen oder gegen den Fortschritt. Wir sehen aber, dass die Grenzen der Belastbarkeit unserer Region erreicht sind.

Zwanzig Jahre nach dem heftig umkämpften Ausbau der Startbahn 18 West betreibt die Fraport AG erneut eine Politik des rücksichtslosen Ausbaus auf dem Rücken der Bevölkerung. Die Fraport AG will den Generalausbauplan, der ein Terminal III, eine neue Landebahn und neuen Wartungshallen für den Airbus 380 beinhaltet, bis 2015 durchgeführt haben. Durch die geplanten Erweiterungen sollen die Flugbewegungen auf 600 000 pro Jahr gesteigert werden – möglicherweise sogar auf 900 000 bis 1 000 000. Das Planfeststellungsverfahren für die neue Landebahn läuft bereits, 250 Hektar Bannwald sollen fallen. Über 100 000 Menschen haben ihre Einwendungen dagegen vorgebracht. Doch der Bannwaldschutz, der Mitte der 80er Jahre für den Wald verordnet wurde, ist zu Gunsten des Flughafenausbaus durch die Hessische Landesregierung wieder aufgehoben worden. Die Bannwaldverordnung, die einen Eingriff in den Wald wegen seiner großen Bedeutung für Klima, Mensch und Tier ausdrücklich verboten hatte, wird hier zur Makulatur.

Die Frankfurter Bevölkerung leidet seit Jahren unter Fluglärm. Die negativen Auswirkungen von Lärm auf die Gesundheit sind bekannt. Kapazitätssteigerungen gab es in den letzten Jahren durch Optimierungen innerhalb des Zauns und durch die Startbahn 18 West – mit entsprechenden Mehrbelastungen für die Bevölkerung. Das seit fünfundzwanzig Jahren geforderte Nachtflugverbot wurde bislang noch nicht einmal im Ansatz umgesetzt, obwohl das hessische Verkehrsministerium Maßnahmen zur Reduzierung des nächtlichen Fluglärm angekündigt hatte. Wir GRÜNE fordern, dass endlich ein rechtlich verbindliches Nachtflugverbot von 22.00 bis 6.00 Uhr verhängt wird. Und es muss durch eine Fluglärmnovelle auf Bundesebene sichergestellt werden, dass wirksame Lärmschutzmaßnahmen durch den Lärmverursacher bezahlt werden müssen.

Eine Stellungnahme der Stadt Frankfurt zum Flughafenausbau wurde durch das Veto der Oberbürgermeisterin verhindert. Somit sind der Stadt wichtige Möglichkeiten genommen, gegen den Flughafenausbau und seine negativen Folgen zu klagen. Wir GRÜNE wollen, dass der Magistrat und die

Bannwald

Nachtflüge

**Stadt-
regierung**

Stadtverordnetenversammlung alle noch verbleibenden Möglichkeiten gegen den Flughafenausbau künftig auch ausschöpfen. Es gilt, den Flughafenausbau außerhalb des Zauns in jeder Variante zu verhindern. Wir setzen stattdessen auf eine Vernetzung mit anderen Flughäfen.

Der Magistrat hat bei allen Ausbauschritten versäumt, die Frankfurter Bürgerinnen und Bürger ausführlich über ihre Einwendungsmöglichkeiten zu informieren. Wir GRÜNE wollen, dass sich dies ändert – beispielsweise durch die bessere Zugänglichkeit relevanter Unterlagen auf den städtischen Internetseiten oder durch deren Auslage an geeigneten Stellen im Stadtgebiet wie zum Beispiel in Büchereien oder Bürgerhäusern. Wir wollen erreichen, dass die Stadt Frankfurt ihre Bürgerinnen und Bürger bei Einwendungen und Verfahren zum Flughafenausbau sowie bei Informationsveranstaltungen und Veröffentlichungen im Internet generell wirksam unterstützt. Dazu ist es auch notwendig, dass die Stadt Frankfurt genügend Gelder für eine gerichtliche Auseinandersetzung um den Flughafenausbau sowie Gelder für eigene Gutachten bereitstellt.

Einwendungen

Für eine neue Mobilitätskultur

Wir GRÜNE betrachten alle Arten von Verkehr auch unter dem Gesichtspunkt der Lebensqualität. Unsere Leitlinie ist, die Lebensqualität im öffentlichen Raum, auch an den Hauptverkehrsstraßen, zu erhöhen. Hierzu bedarf es einer ganzheitlichen Sicht auf das planungs- und verkehrspolitische Handeln. So ist es wichtig, den dezentralen Einzelhandel zu stärken und Mischgebieten den Vorzug gegenüber Wohn- und Gewerbegebieten einzuräumen, um unnötigen Verkehr zu vermeiden.

Wir GRÜNE wollen daran arbeiten, in Frankfurt eine Mobilitätskultur zu entwickeln, die es deutlich sicherer, leichter und angenehmer macht, in Frankfurt zu Fuß, per Rad und mit Bus und Bahn unterwegs und mobil zu sein. Frankfurt soll eine Stadt werden, in der man sich gerne draußen aufhält, auf die Straße geht, spaziert und läuft, wo man gerne radelt, gerne mit Bus und Bahnen fährt und das Auto immer öfter stehen lässt. Alle Verkehrsmaßnahmen sind auf die spezifischen Bedürfnisse der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, zum Beispiel jene von Kindern und älteren Menschen, hin zu überprüfen und auszurichten. Alle Verkehrsmittel und Fortbewegungsarten müssen integriert geplant und vernetzt und durchlässig gestaltet werden. Unser Ziel sind sichere und komfortable Wegeketten, insbesondere für schwächere Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer.

Für die Mobilität von Fußgängerinnen und Fußgängern müssen bessere Rahmenbedingungen geschaffen werden. Wir GRÜNE wollen, dass unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, der Ortsbeiräte, verschiedener Initiativen, Vereine und Institutionen wie Kindergärten, Schulen, Jugendclubs und Altenheimen in allen Stadtteilen spezielle Anforderungsprofile für den Fußverkehr erarbeitet werden, die das Zu-Fuß-Gehen sicher, bequem und angenehm machen und das Leben, die Lebendigkeit in den Stadtteilen unterstützen und fördern. Dazu ist es zum Beispiel notwendig, Trennwirkungen und Barrieren zu beseitigen; Wegebeziehungen und Querungsmöglichkeiten von Hauptverkehrsstraßen zu verbessern oder neu zu schaffen, fußgängerfreundlichere Ampelschaltungen zu realisieren und Straßenräume zugunsten von Fußgängerinnen und Fußgängern neu aufzuteilen. Außerdem müssen die besonders konflikträchtigen Punkte sukzessive erfasst werden. All dies soll in einen Masterplan *Fußverkehr* münden, der der künftigen städtischen Stadtentwicklungs- und Mobilitätspolitik zugrunde gelegt und zügig verwirklicht wird.

Frankfurt muss eine umfassend fahrradfreundliche Stadt werden. Das mit dem Gesamtverkehrsplan gesteckte Ziel von fünfzehn Prozent Radverkehr erscheint uns auf den kürzeren Strecken, auf denen das Fahrrad konkurrenzlos schnell ist, viel zu gering. Hier wollen wir langfristig einen Anteil von mindestens dreißig Prozent erreichen. Dazu bedarf es eines konsequent umzusetzenden Masterplans *Fahrradfreundliches Frankfurt*, eines Werbe- und Marketingkonzeptes, um Menschen zum Umstieg vom Auto auf das Fahrrad zu bewegen, und einer Ausweitung und Intensivierung des Pro-

Mobilität

Fußverkehr

Radverkehr

jektes *bike & business*. Das bestehende Radroutennetz muss zügig weiter ausgebaut werden. Zu ergänzen ist es durch Stadtteilnetze, ein Innenstadtkonzept, das besonderes Augenmerk auf den hoch belasteten und die Stadt zerschneidenden Anlagenring richtet, und ein regionales Radroutennetz. Wir GRÜNE wollen jedoch über solche kurz- und mittelfristigen Maßnahmen hinausdenken und können uns vorstellen, dass auf besonders stark genutzten Fahrradverbindungen breite, primär dem Radverkehr vorbehaltene Durchfahrtsstraßen realisiert werden. Solche Fahrradbahnen wollen wir zunächst exemplarisch erproben. Zügig und möglichst unbürokratisch fortgeführt werden muss die Öffnung der Einbahnstraßen für den Radverkehr. Wir GRÜNE bestehen auf konkreten, verbindlichen Zeitplänen und einer entsprechenden Prioritätensetzung in den Ämtern – bislang sind daran deutlichere Fortschritte gescheitert. Auch im Bereich der Abstellmöglichkeiten sind vermehrte Anstrengungen und neue Ideen erforderlich. Wir GRÜNE wollen eine verbindlichere Pflicht zum Bau von Fahrradstellplätzen und die Schaffung neuer Abstellmöglichkeiten in der Innenstadt, in den Stadtteilzentren und – unter Nutzung des Raums, der durch Quartiersgaragen für Autos frei wird – in den Wohnquartieren durchsetzen. Bei solchen Anlagen müssen allerdings Überlegungen zu ihrer Gestaltung und Einfügung in den öffentlichen Raum angestellt werden.

Stärkere müssen auf Schwächere Rücksicht nehmen. Wir brauchen eine Sicherheitsoffensive zum Schutz gerade der schwächsten unter den eh schwächeren Verkehrsteilnehmerinnen und –teilnehmern, nämlich der Schülerinnen und Schülern und der älteren Menschen, die sich zu Fuß oder auf dem Fahrrad durch Frankfurt bewegen. So muss das Parken auf Radverkehrsanlagen und Fußwegen konsequent geahndet und durch bauliche Lösungen von vornherein unterbunden werden. Dazu gehört aber auch, Radfahrerinnen und Radfahrer zu einem Fahrstil anzuhalten, der eine Gefährdung für sie selbst und andere möglichst ausschließt.

Der ÖPNV muss nicht nur mehr, sondern auch besser werden. Wir setzen uns ein für mehr Kundenfreundlichkeit, für eine flexible Tarifstruktur, die Anreize für den Umstieg vom Autofahren auf den ÖPNV bietet, und für besseren Service, unter anderem die Fahrradmitnahme rund um die Uhr. Auch wer mit Bussen und Bahnen in Frankfurt mobil ist, muss sicher und bequem unterwegs sein können. Dabei gelten für uns GRÜNE neben der Schnelligkeit ein enges Netz gut erreichbarer, attraktiver Haltepunkte, kurze Taktfolgen, passende Anschlüsse, gepflegte Wagen, ausreichend Sitzplätze sowie barrierefreie Zugänge und Einstiege als Maßstab für die Qualität des ÖPNV. Das Nachtbussystem soll am Wochenende künftig die Randgebiete Frankfurts stärker mit einbeziehen und die Routen sollen so zugeschnitten werden, dass man im Kerngebiet Frankfurts nicht zwei Stunden für den Heimweg braucht. Wir wollen, dass unter der Woche die bisherigen U-, S-Bahn und Bus-Strecken länger bedient werden und somit die ÖPNV-freie Zeit in der Nacht verkürzt wird.

Wir GRÜNE wollen, dass bevorzugt wieder Straßenbahnlinien gebaut werden. Wir plädieren für eine Straßenbahnringlinie, die von Sachsenhausen

Routennetz

Abstellplätze

Sicherheit

ÖPNV

Straßenbahn

aus über den Hauptbahnhof, Bockenheim, Ginnheim und Dornbusch, über Bornheim und das Ostend bis nach Fechenheim fährt. In Frankfurt brauchen wir keine neuen U-Bahnstrecken, erst recht nicht dort, wo wir eine funktionierende Straßenbahnlinie haben. Deswegen sind wir GRÜNE für den Erhalt der Straßenbahnlinie 16 und gegen den Weiterbau der U-Bahn von der Bockenheimer Warte nach Ginnheim. Den Ausbau der U-Bahnlinie 5 zu einer Stadtbahn, die in der Homburger Landstraße und in der Eckenheimer Landstraße unweigerlich Hochbahnsteige zur Folge hätte, lehnen wir GRÜNE ab. Stattdessen wollen wir sie in eine Niederflur-Straßenbahnlinie umwandeln, die vom Frankfurter Berg über Hauptfriedhof – unterirdisch über Konstablerwache und Hauptbahnhof – bis ins Europaviertel fährt. Nach wie vor fordern wir den Bau der nordmainischen S-Bahn und der Regionaltangente West, die das regionale ÖV-Netz vervollständigen würden; auch braucht unsere Stadt endlich einen zentralen Busbahnhof in Hauptbahnhofsnahe.

Ein weiterer Straßenausbau und Autobahnbau – man denke an den Riederwaldtunnel, die Alleenspange oder Umgehungsstraßen – bedeuten die Zerstörung von Kleingärten, Spielplätzen und Naherholungsgebieten, bedeuten Flächenversiegelung, Lärm und Feinstaub. Dies lehnen wir GRÜNE ab. Wir wollen generell den Autoverkehr in unserer Stadt verringern. Wir setzen auf Spielplätze statt Parkplätze, auf Car Sharing, auf Kombitickets *ÖPNV plus PKW-Abstellplatz*, auf Modellprojekte zum autofreien Wohnen und Arbeiten. Der Ausbau der Tempo-30-Zonen ist fortzuführen. Darüber hinaus wollen wir Tempo 40 als Regel für Hauptverkehrsstraßen im ganzen Stadtgebiet. Durch intelligente Verkehrsleitsysteme ist dies zu erreichen, ohne die effektiven Fahrtzeiten zu verlängern. Es reduziert aber das Unfallrisiko, den Lärm und die Schadstoffe. Im übrigen bedarf es, damit andere Regelungen überhaupt greifen können, einer vermehrten Geschwindigkeitsüberwachung. Die Freigabe der Standstreifen auf den Autobahnen rund um Frankfurt darf nur bei gleichzeitig verbessertem Lärmschutz erfolgen.

Autoverkehr

Frankfurt, eine Stadt für Kinder und Familien

Kinder- und Familienfreundlichkeit sind die wichtigsten Voraussetzungen für eine lebenswerte Stadt. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten, wollen wir GRÜNE eine Verbesserung der Betreuungsangebote für unter dreijährige Kinder in Frankfurt erreichen. Immer mehr Eltern wünschen und brauchen eine verlässliche Betreuung ihrer kleinen Kinder. Unser Ziel ist ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren mit einem Versorgungsgrad von mindestens dreißig Prozent.

Berufstätige Eltern sind zunehmend auf Ganztagsangebote in Kindereinrichtungen angewiesen. Wir wollen deshalb den Anteil der Ganztags- und Zweidrittelplätze kontinuierlich erhöhen. Ferner sollen – unter weitestmöglicher Wahrung der Kontinuität der pädagogischen Arbeit – neue Konzepte für flexiblere Öffnungszeiten entwickelt werden. Wir GRÜNE setzen uns für Modulbuchungen und die tageweise Buchung von Betreuungsplätzen ein. Auch sollen die sogenannten Mini-Kindergärten die Möglichkeit erhalten, statt bislang dreimal pro Woche künftig fünfmal pro Woche drei Stunden Kinderbetreuung genehmigungsfrei anbieten zu können. Dies ist die notwendige Antwort auf eine immer stärkere Flexibilisierung der Arbeitszeiten berufstätiger Eltern.

Kindertagesstätten genau wie Schulen beitragsfrei zu gestalten, ist natürlich wünschenswert. Angesichts der Schulproblematik viel drängender ist jedoch die Frage nach der Qualität in Kindergärten. Nur durch bessere Personalschlüssel, kleinere Gruppen, bessere Räume und Konzepte werden Kindergärten zu Orten früher Bildung. In Wohngebieten mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Bevölkerung – gleich, ob mit oder ohne Migrationshintergrund – haben Kitas einen erweiterten Bildungs- und Erziehungsauftrag. Deshalb brauchen sie nicht nur mehr Fachkräfte, sondern auch multiprofessionelle Teams und differenzierte Konzepte, um in Kooperation mit den Eltern mehr tun zu können für die Zukunfts- und Bildungschancen der ihnen anvertrauten Kinder. Für uns GRÜNE haben die Qualitätsverbesserung und ein Ausbau der Plätze Priorität vor einer kommunal finanzierten Beitragsfreiheit. Wir fordern statt dessen die Übernahme der Elternbeiträge durch das Land.

Wir GRÜNE setzen uns auch weiterhin für den Ausbau und die Modernisierung von Kinderspielplätzen im Stadtgebiet ein und unterstützen entsprechende Projekte wie zum Beispiel SPATZ. In Zusammenarbeit mit dem Kinderbüro, dem Grünflächenamt und Elterninitiativen vor Ort sind Spielplätze nach den aktuellen Sicherheitsbestimmungen der EU zu modernisieren oder neu zu gestalten. Wir wollen, dass die Stadt Frankfurt am Main hierfür zusätzliche Mittel bereitstellt.

Ausgehend von der Grundannahme, dass Kinder nur unter Einbeziehung der Eltern bestmöglich gefördert werden, streben wir GRÜNE an, in Frankfurter Kindertageseinrichtungen Modellprojekte zur Zusammenführung früh-

Kitas

**Qualitäts-
offensive**

Spielplätze

Bildung

kindlicher Bildung, Erziehung und Familienarbeit zu realisieren. Wir GRÜNE setzen uns für die Fortsetzung und Erweiterung des Projektes *Bildungsnetzwerk KITA* des Stadtschulamtes ein, das den teilnehmenden Kindern in Kooperation mit Museen, Vereinen und Experimentierwerkstätten mit unterschiedlichen Angeboten in Sport, Kunst und Musik vielfältige Anregungen gibt. Die sprachliche Förderung von Kindern mehrt deren Chancen auf einen erfolgreichen schulischen Bildungsweg. Deshalb stellt für uns GRÜNE die Sprachförderung eine der zentralen Bildungs- und Integrationsaufgaben aller Kindertageseinrichtungen in Frankfurt dar.

Bildung für alle

Wir GRÜNE wollen starke und verlässliche Schulen. Frühe Bildung und Sprachförderung und ein verlängertes gemeinsames Lernen in den ersten Schuljahren nutzen allen Schülerinnen und Schülern. Wir wollen eine neue Lernkultur in die Schulen bringen, die auf die Förderung aller Kinder setzt und die Kinder zu einem selbstständigen Lernen und Entdecken anleitet. Mehrsprachigkeit und bilinguale Klassen müssen ebenso wie der gemeinsame Unterricht von behinderten und nicht-behinderten Schülerinnen und Schülern stärker gefördert werden. Langfristig gilt es, das dreigliedrige Schulsystem für die ersten neun Schuljahre zu überwinden. Wir fordern die Zusammenführung des Stadtschulamtes, des Jugendamtes und des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten zu einem Zukunftsdezernat.

Die Schulen brauchen mehr Autonomie, um sich weiterzuentwickeln. Wir wollen Profiloberstufen einrichten, insbesondere eine, die Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund auf ihrem Weg zum Abitur unterstützt. Zudem müssen Schulen mit einem hohen Anteil an Migrantinnen und Migranten eine höhere Zuweisung an Lehrkräften bekommen. Für einen modernen naturwissenschaftlichen Unterricht ist das Programm *Naturwissenschaften* neu aufzulegen. Auch wollen wir darauf hinwirken, dass die Angebote zur natur- und landschaftsbezogenen Bildung im GrünGürtel kindgerechter und finanziell günstiger werden.

Wir GRÜNE stehen für Schulwegsicherung und Gewaltprävention an Schulen. Außerdem brauchen wir Schulsozialarbeit. Inzwischen haben alle Berufsschulen Schulsozialarbeit; nun muss eine Ausweitung auf alle Hauptschulen erfolgen, um mehr Schülerinnen und Schüler zu einem herkömmlichen oder qualifizierten Hauptschulabschluss zu führen.

Die Bauunterhaltung wollen wir um fünfzig Prozent aufstocken, damit alle notwendigen Maßnahmen, darunter auch die Renovierung und Gestaltung von Außenflächen, durchgeführt werden können. Alle auf acht Schuljahre reduzierten Gymnasien brauchen Cafeterien. Land und Bund müssen dies finanzieren – wer bestellt, muss auch bezahlen.

Wir GRÜNE wollen einen höheren Medienetat der Büchereien sowie den Bereich *Kinder und Jugend* stärken. Ferner braucht Frankfurt ein Selbstlernzentrum, das für alle Interessierten PC-Arbeitsplätze mit Software zum selbstgesteuerten Lernen bereithält, am besten in der neuen Zentralbibliothek. Die VHS hat sich konsolidiert, weiteren Einsparungen über die momentanen Sparvorgaben hinaus wird es mit uns nicht geben.

Unterricht

Sozialarbeit

Gebäude

Büchereien

Solidarität statt sozialer Kälte

In den letzten zwanzig Jahren hat sich die Zahl der Frankfurterinnen und Frankfurter, die auf die Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen sind, verdoppelt und die Zahl der arbeitslosen Menschen in Frankfurt hat sich dreifacht. Etwa zwanzig Prozent aller Frankfurterinnen und Frankfurter leben nahe oder unterhalb der Armutsgrenze. Frankfurt muss deshalb weiterhin aktiv eine Sozialpolitik umsetzen, die dem im Grundgesetz verankerten Sozialstaatsprinzip verpflichtet ist. Die Grundgedanken des sozialen Ausgleichs und der Solidarität innerhalb der Gesellschaft müssen in den Grundzügen der Sozialpolitik klar erkennbar bleiben. Gerade angesichts der globalen Umwälzungen und der bundesdeutschen Gesetzesreformen steht auch die Frankfurter Gesellschaft vor der großen Herausforderung, diese Solidarität zu gewährleisten. Wir GRÜNE begreifen es auch als kommunalpolitische Aufgabe, soziale Ungerechtigkeit auszugleichen, alle gesellschaftlichen Gruppen zu integrieren und eine solidarische Stadtgesellschaft zu ermöglichen. Wir wollen weiterhin eine soziale Stadtgesellschaft, in der Integration und Vielfalt durch Achtung und Respekt vor dem Anderssein vorherrschen.

Armut

Für den Frankfurter Arbeitsmarkt müssen kluge neue Integrations-, Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen aufgelegt werden, die der durch Hartz IV gravierend veränderten Förderlandschaft Rechnung tragen.

Arbeitsmarkt

Frankfurt braucht einen funktionierenden zweiten Arbeitsmarkt mit ausreichenden Angeboten für alle, die vorübergehend oder dauerhaft keinen Zugang zum ersten Arbeitsmarkt erhalten. Wir GRÜNE wollen, dass über die Rhein-Main Jobcenter GmbH und die kommunalen Beschäftigungsgesellschaften auch weiterhin vielfältige Integrations-, Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen bereitgestellt werden. Dabei muss spezielles Augenmerk auf Hilfsangebote für Personengruppen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten, zum Beispiel für Obdachlose oder Suchtkranke, sowie auf Angebote für behinderte Menschen gerichtet werden. Die Beschäftigungsmaßnahmen müssen transparent organisiert sein.

Wir GRÜNE bestehen auf der Ausarbeitung und laufenden Überprüfung einer Positivliste, in der alle potentiellen Beschäftigungsfelder des zweiten Arbeitsmarktes klar umrissen sind. Dadurch soll ausgeschlossen werden, dass reguläre Arbeitsplätze – bestehende ebenso wie neue, künftig notwendige – durch Ein-Euro-Jobs gefährdet werden. Zwangsumzüge von Arbeitslosengeld II-Empfängerinnen und –empfängern wird es mit uns GRÜNEN in Frankfurt nicht geben.

Ein-Euro-Jobs

Um in Frankfurt zu einem neuen, über Jahre tragfähigen sozialpolitischen Konsens und zu einer verlässlichen, den aktuellen demographischen und finanziellen Gegebenheiten angepassten Sozialpolitik zu gelangen, fordern wir GRÜNE die Neuauflage des über zehn Jahren alten Vertrages für den sozialen Frieden. Durch die vertraglich vereinbarte Reservierung von Etat-

Neuer Vertrag

mitteln sollen zumindest die drei Bereiche *soziale Infrastruktur, offene Kinder- und Jugendarbeit* und *Altenhilfeangebote* eine finanzielle Absicherung und Planungssicherheit erlangen.

So wollen wir in den Neubaugebieten durch ein Sofortprogramm deutliche Zeichen für eine familienfreundliche Stadt setzen. Unser Ziel ist, dass dort die soziale Infrastruktur – Kindertagesstätten, Betreuungsplätze, Jugendangebote, Bürgertreffs usw. – von den beteiligten Ämtern nachfragegerecht entwickelt und zeitnah realisiert wird, damit die Einrichtungen bei Bedarf auch tatsächlich in Anspruch genommen werden können. Dies darf aber nicht auf Kosten der bestehenden Infrastruktur gehen. Deshalb soll die existierende Infrastruktur in benachbarten Stadtteilen berücksichtigt und in die Planungen für die Neubaugebiete mit einbezogen werden, um Synergieeffekte zu erzielen. Denn nur so werden die neuen Wohngebiete früh für Familien attraktiv und die bestehenden Wohngebiete bleiben es auch.

In der offenen Kinder- und Jugendarbeit bedarf es einer stärkeren Zusammenführung von Bildung, Erziehung und Betreuung. Wir GRÜNE fordern erneut den Ausbau der Ganztagesangebote durch die verstärkte Zusammenführung der Bereiche *Bildung und Erziehung* und *Betreuung* im Sinne der Beschlüsse der Jugend- und Kultusminister vom Mai 2004.

Aufgrund des demografischen Wandels braucht Frankfurt eine Neukonzeption der Altenhilfeangebote, die zur Kenntnis nimmt, dass immer mehr alte Menschen nicht mehr dem überkommenen Altenbild entsprechen, da sie weitestgehend mobil und kerngesund ihre dritte Lebensphase genießen. Demgegenüber verändern sich Pflegeheime mit ihren schwerstkranken und schwerstpflegebedürftigen hochbetagten Menschen immer mehr zu „Sterbestationen“ mit kurzer Verweildauer. Deshalb treten wir GRÜNE dafür ein, dass das Frankfurter Programm für psychosoziale Betreuung in den Pflegeheimen finanziell gesichert und qualitativ weiterentwickelt wird.

Infrastruktur

Ganztagsangebote

Altenhilfe

Hin zu einer behindertengerechten Stadt

Ziel GRÜNER Politik ist die Gleichberechtigung und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen. Dies erfordert neben einer Umwelt ohne bauliche und räumliche Hürden auch, dass Menschen nicht aufgrund ihrer Behinderung in sozialer, finanzieller oder ideologischer Hinsicht ausgegrenzt werden und dass ihnen die für ein selbstbestimmtes Leben notwendigen Assistenzen und Hilfsmittel zur Verfügung gestellt werden.

Die Maßnahmen der Stadtverwaltung zur Schaffung einer barrierefreien Stadt gemäß der Erklärung von Barcelona gilt es kritisch zu begleiten. Barrierefrei denken, handeln und planen muss zum gängigen Standard werden. Wir GRÜNE fordern ein Absenken der Bordsteine im gesamten Stadtgebiet, Signalhilfen, Gebärdendolmetscher auf allen städtischen Veranstaltungen und – quasi als Startsignal – einen umfassend barrierefreien Römer. Nicht nur in den Erdgeschossen gehört dem barrierefreien Wohnungsbau die Zukunft. Die Wohnraumversorgung von Menschen mit Behinderungen, aber auch von älteren und chronisch kranken Menschen, muss durch Neu- und Umbaumaßnahmen quantitativ und qualitativ deutlich besser werden.

Das Angebot an Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderungen muss ausgebaut werden, Alternativen zu den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen müssen entwickelt und gefördert werden.

Die Vertretung der Menschen mit Behinderungen muss zu einem echten Mitbestimmungsrecht bei allen relevanten Entscheidungen, zum Beispiel in der Stadtplanung, im Wohnungsbau oder bei Hilfestrukturen, werden. Wir GRÜNE wollen die Stelle der bzw. des Behindertenbeauftragten entsprechend ihrer Querschnittsaufgabe nicht mehr einem Amt zuordnen, sondern direkt bei der politischen Führung der Stadt verankern. Außerdem setzen wir uns für lokale Behindertenbeauftragte in allen sechzehn Ortsbezirken der Stadt ein.

Wir GRÜNE wollen, dass der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderungen weitergeführt und ausgebaut wird. Außerdem sollen die Angebote für Familien mit Kindern mit Behinderungen, insbesondere Hilfen, die die Eltern bei der Betreuung ihrer Kinder unterstützen und entlasten, systematisch weiterentwickelt werden. Deshalb fördern wir GRÜNE umfassende integrative Konzepte, insbesondere im Kindertagesstättenbereich, für die Ganztagschulen und in der Jugendhilfe. Es ist aber auch auf die bedarfsgerechte Schaffung von zeitgerechten, wohnortnahen stationären Angeboten zu achten.

Barrierefreiheit

Arbeitsplätze

Mitsprache

Kinder

Gesundheit für alle

GRÜNE Gesundheitspolitik umfasst auch die Rahmenbedingungen für eine gesunde Umwelt und umfassenden Verbraucherschutz. Um die Gesundheitschancen aller Bevölkerungsgruppen zu verbessern, brauchen wir eine gesundheitsfördernde Politik und stärkere Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Unterschiede. Ein Schwerpunkt bleiben soll die Gesundheitserziehung in Kindergärten und Schulen.

In den städtischen Krankenhäusern wollen wir GRÜNE den Einfluss der Kommune erhalten, um die ausreichende Versorgung auch derjenigen Kranken sicher zu stellen, die hohe Kosten verursachen. Wir werden keinem Verkauf der städtischen Kliniken an private Betreiber zustimmen. Um ihr wirtschaftliches Überleben sicher zu stellen, sollen sie in eine gGmbH überführt und notwendige organisatorische, finanzielle und bauliche Sanierungsmaßnahmen vorangetrieben werden.

Wir GRÜNE bleiben Motor einer Weiterentwicklung der sozialpsychiatrischen Versorgung in Frankfurt, immer unter den Leitlinien *selbstbestimmtes Leben, wohnortnah, ambulant vor stationär* und mit besonderem Blick auf psychisch kranke Jugendliche und Seniorinnen und Senioren. Wir brauchen weiterhin eine interessenunabhängige Patienteninformationsstelle sowie Unterstützung der zahlreichen Selbsthilfegruppen. Im Hinblick auf AIDS wollen wir die Präventionsarbeit stärken und Ansätze unterstützen, die auch schwer erreichbare Gruppen in den Blick nehmen und die AIDS-Prävention in eine breiter angelegte Gesundheitsförderung integrieren.

Wir GRÜNE sind Garanten einer vorbildlichen Frankfurter Drogenpolitik, die die Gesundheitsrisiken für alle Drogenabhängigen und andere negative Begleiterscheinungen minimieren will. Es gilt, das Erreichte, zum Beispiel Druckräume oder das Modellprojekt der Heroinvergabe, zu sichern und weiterzuentwickeln sowie auf neue Gefahren und Trends flexibel zu reagieren. Die präventive Testung von Partydrogen halten wir zum Schutz der oft unbedacht handelnden Jugendlichen nach wie vor für sinnvoll.

Das Mobilfunk-Netz wird zwar laufend weiter ausgebaut, die gesundheitlichen Folgen sind jedoch bis heute nicht ausreichend erforscht. Deshalb setzen wir GRÜNE uns weiterhin dafür ein, dass die Stadt bei den Mobilfunkbetreibern auf gesundheitliche Vorsorge und eine Minimierung der Strahlenbelastung drängt.

**Kranken-
häuser**

Psychiatrie

AIDS

Drogen

Mobilfunk

Frauenpolitik und Geschlechterdemokratie voranbringen

Eine offensive Gleichstellungspolitik und Geschlechterdemokratie sind ein GRÜNES Selbstverständnis. Es gilt, das Erreichte zu verteidigen und weiterzuentwickeln, die Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen der Stadtgesellschaft durchzusetzen und Frauenpolitik für alle Nationalitäten zu machen, ohne dabei kulturelle Unterschiede zu negieren. Frauenfeindlichkeit darf jedoch nicht durch kulturelle Differenzen erklärt oder entschuldigt werden.

Frauenpolitik beginnt mit Mädchenpolitik. Wir GRÜNE wollen, dass bestehende Angebote und Freiräume speziell für Mädchen erhalten bleiben und nicht verwässert, also für Jungen geöffnet werden. So soll der Girls' Day ein Tag für Mädchen bleiben.

Wir GRÜNE treten ein für die Prinzipien des Gender Mainstreaming und auch des Gender Budgeting. Sie dürfen allerdings die Frauenförderung nicht ersetzen. Für der Stadtverwaltung ist zwar die Einführung von Gender Mainstreaming beschlossen, die Umsetzung stößt jedoch auf Widerstände. Wir fordern deshalb deren verlässliche Kontrolle. Öffentliche Räume sollten für Männer und Frauen, Jungen und Mädchen mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen gleichermaßen erschlossen sein. Wir fordern deshalb entsprechende Genderpilotprojekte in einzelnen Stadtteilen. In Frankfurt leisten zahlreiche Frauenprojekte eine wertvolle Arbeit für die Förderung von Frauen. Wir setzen uns dafür ein, dass diese mehr Unterstützung erfahren.

Das Frauenreferat ist durch Unterfinanzierung und die Wiederbesetzungssperre in seiner Arbeit stark beeinträchtigt. Wir GRÜNE treten ein für den Erhalt eines eigenständigen Frauenreferates und für seine finanzielle und personelle Stärkung. Der Anteil an Frauen in städtischen Führungspositionen, auch im Magistrat, muss deutlich steigen. Solange der Anteil von Frauen nicht auf allen Hierarchieebenen der Verwaltung dem der Männer angeglichen ist, müssen die Instrumente des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes weiter genutzt werden, unabhängig davon, ob es fortgeführt wird. Wir brauchen auch in Zukunft starke Frauenbeauftragte.

Wir werden auf eine weiterhin vorbildliche Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes in Frankfurt achten und uns für den Erhalt von Gewaltschutzeinrichtungen für Mädchen und Frauen einsetzen.

Mädchen

Gender Mainstreaming

Römer

Gewaltschutz

Lesben- und schwulenfreundliches Frankfurt

Wir GRÜNE stehen für die Anerkennung und Gleichberechtigung schwuler und lesbischer Lebensformen und ein aktives Engagement gegen deren Diskriminierung. Wir setzen uns für Gleichberechtigung und eine umfassende und aktive Antidiskriminierung ein. In Frankfurt hat der von uns initiierte und durchgesetzte *Runde Tisch zur Situation von Lesben und Schwulen in Frankfurt* in zahlreichen Politikfeldern Fortschritte erreicht. Weitere Maßnahmenempfehlungen liegen auf dem Tisch, für deren Umsetzung wir uns einsetzen werden. Besonderes Augenmerk werden wir GRÜNE auf die Situation von Lesben und Schwulen in der Stadtverwaltung, lesbischen Migrantinnen und schwulen Migranten und schwulen und lesbischen Behinderten richten. Außerdem werden wir darauf drängen, dass die Stadt zukünftig ehrenamtliches Engagement auch im lesbisch-schwulen Bereich fördert und bei Ehrungen berücksichtigt. Alle städtischen Ämter sollen ihre Texte und Formulare auf entsprechende diskriminierende Formulierungen hin überprüfen, bei der Stadt soll künftig eine Ansprechpartnerin oder ein Ansprechpartner für lesbisch-schwule Belange zur Verfügung stehen. Außerdem soll der CSD in den Frankfurt-Tourismus Eingang finden.

Römer

Wir GRÜNE wollen für lesbische und schwule Projekte, Einrichtungen und Initiativen eine Unterstützung erreichen, die im Haushalt transparent wird und für freie Träger und Selbsthilfegruppen Planungssicherheit mit sich bringt. Das Lesbisch-Schwule Kulturhaus und das Switchboard der AIDS-Hilfe Frankfurt halten wir für unentbehrlich. Anti-Gewalt-Projekte und die Aufklärungsarbeit in Schulen und Jugendeinrichtungen müssen weiterhin gefördert und langfristig gesichert werden. Bei städtisch bezuschussten Frauenprojekten und allen städtischen und städtisch geförderten Beratungsstellen soll die Situation von Lesben mehr Berücksichtigung finden. Besonders junge Lesben und Schwule benötigen angemessene Angebote. Wir GRÜNE plädieren deshalb für ein eigenständiges schwul-lesbischen Jugendzentrum. Die Probleme heranwachsender Lesben und Schwulen bedürfen spezieller Angebote von Jugend- und Familienberatungsstellen. Lesben und Schwule im Alter stoßen in Senioren- und Pflegeheimen oft auf Unverständnis. Eine Sensibilisierung des dortigen Personals durch Schulungen und Fortbildungsmaßnahmen halten wir daher für wichtig. Lesbische und schwule Altersprojekte wie das AltenpflGayHeim sollen gefördert werden.

Zuschüsse

Jugendliche

**ältere
Menschen**

Frankfurt, multikulturell

Ziel GRÜNER Politik ist ein gleichberechtigtes Miteinander aller Frankfurterinnen und Frankfurter, unabhängig von Herkunft, sozialem Status, Kultur und Religion. Wir wollen, dass Migrantinnen und Migranten das Kommunalwahlrecht sowie gleichberechtigte Zugangsmöglichkeiten zu allen zentralen Bereichen der Gesellschaft erhalten und treten entschieden gegen Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und Rassismus ein.

Frankfurt braucht ein umfassendes Integrationskonzept und eine den einzelnen Ämtern übergeordnete Stelle, die die verschiedenen Integrationsmaßnahmen koordiniert und bündelt. Außerdem wollen wir, dass künftig alle Maßnahmen in der Stadtverwaltung auf ihre unterschiedlichen Auswirkungen auf die hier lebenden Menschen unterschiedlicher Kulturen hin überprüft werden, dass künftig mehr Migrantinnen und Migranten in der Stadtverwaltung arbeiten und dass die interkulturelle Kompetenz aller dort Beschäftigten durch Fortbildungsmaßnahmen erhöht wird.

Zur beruflichen Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund fordern wir, dass die Anstrengungen der Stadt Frankfurt im Bereich der gezielten Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen intensiviert werden.

Auch Migrantinnen und Migranten haben Anspruch auf ein würdevolles Alter. Wir GRÜNE setzen uns ein für eine kulturelle Öffnung der Angebote der Altenhilfe und die Entwicklung von auf Migrantinnen und Migranten abgestimmten Versorgungsleistungen, für die muttersprachliche Vermittlung von Informationen über Altenpflegeangebote und muttersprachliche Rechts- und Rentenberatung.

Ebenso wollen wir die gesundheitliche Versorgung der Migrantinnen und Migranten voranbringen. Wir wollen im Gesundheitswesen deutlich mehr interkulturelles Wissen verankern und erreichen, dass Dolmetscherdienste in den Krankenhäusern und Gesundheitsberatung in mehreren Sprachen zum Standard werden.

Zahlreiche Menschen halten sich ungesetzlich in Frankfurt auf. Wir müssen insbesondere einer mit dem Andauern des Aufenthalts verbundenen Gefahr der Verelendung entgegenwirken. Wir GRÜNE drängen darauf, für die betroffenen Kinder den Zugang zu Bildung sicherzustellen. Außerdem müssen alle in Frankfurt lebenden Menschen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus die Möglichkeit haben, sich medizinisch behandeln zu lassen.

Integrationskonzept

Jugendliche

ältere Menschen

Gesundheit

„Illegale“

Frankfurt, lebendig, grün, kompakt

Wir GRÜNE wollen Frankfurt in seiner Besonderheit und Unverwechselbarkeit erhalten. Frankfurt ist keine Kleinstadtidylle, aber auch nicht New York. Es gilt, die historisch gewachsene Stadt mit ihren Eigenheiten, mit ihrer funktionierenden Innenstadt und ihren bestehenden Stadtteilen zu schützen und zu stärken, statt sie immer weiter in gesichtslose Vorstädte ausufernd zu lassen. Nur so wird Frankfurt auch künftig eine liebens- und lebenswerte Stadt sein. Uns GRÜNEN geht Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Frankfurt braucht weder Büro- noch Schlafstädte und auch keine Shopping-Malls mit Autobahnanschluss, sondern eine pulsierende Innenstadt und lebendige Stadtteilzentren mit einem öffentlichen Raum, der für alle Menschen in dieser Stadt da ist. Er ist kein wohldekoriertes Schaufenster, in dem das bunte Leben nur stört. Entsprechend wollen wir, dass der samstägliche Flohmarkt am Museumsufer verbleibt.

Flohmarkt

In seinem historischen Zentrum, anstelle des bisherigen Technischen Rathauses, muss Frankfurt ein funktionierendes und urbanes Stück (Alt)-Stadt zurückerhalten. Wir GRÜNE wollen dort ein gemischtes, kleinteiliges und lebendiges Quartier, mit möglichst vielen Wohnungen, aber auch mit Läden, Kneipen, kulturellen und sozialen Nutzungen, statt einer kompletten pseudohistorischen Rekonstruktion mit unerschwinglichen Mieten. Wer in diesem Zusammenhang über Fachwerk redet, den erinnern wir daran, dass Frankfurt in den Stadtteilen wie Sachsenhausen, Bornheim, Kalbach oder Höchst viele, oft gefährdete Fachwerkhäuser besitzt, deren Erhalt die Unterstützung der Stadt dringend benötigt. Wir wollen, dass nach einem Rückkauf des Geländes zwischen Dom und Römer möglichst kleine Grundstücke gebildet werden, damit dort vor allem alte und neue Frankfurterinnen und Frankfurter viele verschiedene Stadthäuser realisieren können - orientiert am historischen Stadtgrundriss und mit präzisen Gestaltungsvorgaben. Gassen und Plätzen wollen wir ihre historischen Namen wiedergeben. In Vergessenheit geratene, original erhaltene bauliche Überreste des Altstadtquartiers sollen in die Neubebauung integriert werden und einige wenige, historisch bedeutsame Gebäude die Chance einer Rekonstruktion und zeitgemäßen Nutzung erhalten. Eine Neubebauung auf diesem Areal wird immer Bauen im 21. Jahrhundert sein, zugleich geschichtsbewusst, ästhetisch anspruchsvoll und qualitativ auf der Höhe unserer bautechnischen, auch energetischen Möglichkeiten. Wir Grüne werden uns auch dafür einsetzen, dass der archäologische Garten, der an den Ursprung Frankfurts erinnert, öffentlich zugänglich bleibt und in eine attraktive Neubebauung eingefügt, eine Aufwertung erfährt.

Altstadt

Eine durchgängige Mischung von Wohnen, Arbeiten und öffentlichen Nutzungen wie Läden, Gastronomie, Kultur- und Freizeitangeboten ist in der Innenstadt ebenso wie in den Stadtteilen unverzichtbar. Wir geben einer Nahversorgung insbesondere mit Gütern des alltäglichen Bedarfs den Vorzug. Wo jedoch der Strukturwandel im Einzelhandel größere Verkaufsflä-

Nutzungen

chen erfordert, müssen sie dort entstehen oder gesichert werden, wo sie gewachsene Stadtteilzentren ergänzen und stärken. Entsprechend ist auch im Europaviertel ein Umdenken notwendig; hier soll keine zweite Innenstadt entstehen, sondern lediglich ein neuer Stadtteil.

Zu einer konsequenten Innenentwicklung gehören auch die Nachverdichtung in minder genutzten Bereichen und ein entsprechendes Baulückenprogramm. Auch stellen Hochhäuser eine Chance für ein starkes Zentrum und eine flächensparende Stadtentwicklung dar. Wir GRÜNE wollen auch künftig eine verbindliche Hochhausentwicklung, die auf wenige Punks konzentriert ist und den Rest des Stadtgebietes freihält. Eine weitere Pulkbildung am Ostbahnhof lehnen wir ebenso ab wie lineare Aneinanderreihungen immer weiterer Hochhäuser. Der Neubau der Europäischen Zentralbank muss gemeinsam mit der Großmarkthalle ein Solitär im Ostend bleiben. Weitere städtebauliche Sündenfälle wie das MAB an der Hauptwache gilt es unbedingt zu verhindern.

Nachverdichten bedeutet nicht, die bestehenden Freiflächen ohne Maß und Ziel zuzupflastern. Freiflächen wie zum Beispiel grüne Innenhöfe und Spielplätze, die in besonderem Maße dem Erhalt von Lebensqualität dienen, müssen gesichert werden. Gleiches gilt für den GrünGürtel und den Stadtwald. Frankfurts grüne Lunge muss weiter in die Region hineinwachsen und sich mit dem Regionalpark RheinMain verbinden. Ebenso werden wir die Umsetzung von Stadtparks, zum Beispiel in Nieder-Eschbach, als Verbindung vom GrünGürtel zu den Regionalparks im Frankfurter Umland weiterverfolgen. Neben dem Mainufer müssen wir auch die historischen Wallanlagen als attraktiven öffentlichen Grünraum mit hoher Aufenthaltsqualität zurückgewinnen. Wir GRÜNE wollen, dass die Wallanlagen wieder sichtbar und erlebbar werden, dass die darin versteckten Kleinode – Denkmale, Rosengärten, Arkadengänge, Brunnen – künftig einfacher zugänglich sind. Bessere Wegebeziehungen zwischen den einzelnen Teilen der von Straßenzügen und Kreuzungen durchschnittenen Wallanlagen haben wir GRÜNE bereits erreicht, darüber hinaus muss sich der Blick aber auch auf ihre Zugänglichkeit von den angrenzenden Wohngebieten aus richten. Für das gesamte Stadtgebiet wollen wir GRÜNE eine Brunnenoffensive starten. Nach und nach sollen die stillgelegten Brunnen im Stadtgebiet instandgesetzt und wieder in Betrieb genommen werden. Dazu müssen eine Prioritätenliste und ein Finanzierungsplan erstellt werden.

Zu unserem städtebaulichen Leitbild gehört ein behutsamer Umgang mit der bestehenden Bausubstanz, Umbau geht vor Abriss und Neubau. Die Möglichkeiten bürgernahe Gestaltungs- und Erhaltungssatzungen müssen stärker genutzt werden. Für Bornheim und weitere Teile des Nordends beispielsweise sind endlich wirksame Erhaltungssatzungen zu erlassen, und wo es sie bereits gibt, so im Riederwald und im Westend, müssen sie auch eingehalten werden. Für die künftige Gestaltung des Mainufers wollen wir GRÜNE eine Orientierung am historischen Vorbild, dem sogenannten Mainprospekt, durchsetzen.

Verdichtung

Freiflächen

Wallanlagen

Brunnen

Erhaltungssatzungen

Daneben sind auch moderne und kreative Konzepte im Wohnungs- wie Gewerbebau ein wichtiger Beitrag zu einem lebenswerten und zukunftssicheren Frankfurt. Mit einem Wettbewerb *Frankfurt 2020* sollen besonders qualitätsvolle und innovative Wohnungs- und Gewerbebauten prämiert und gefördert werden. Wir GRÜNE stehen für die Sicherung und Entwicklung des Wohnens in der Innenstadt und in den Stadtteilen sowie für die Schaffung eines attraktiven und kindgerechten Wohnumfeldes. Wir wollen, dass die Bemühungen, Büro- in Wohnraum umzuwandeln, fortgeführt und verstärkt werden, und dass attraktive, flächensparende Alternativen zum freistehenden Eigenheim entwickelt werden. Das von Bund, Land und Stadt geförderte Programm *Soziale Stadt (Hegiss)* bietet in Stadtteilen mit sehr vielen benachteiligten Haushalten die Chance einer sozialen Aufwertung und besseren Nutzung der dort vorhandenen Ressourcen. Wir GRÜNE treten dafür ein, dass dieses Programm fortentwickelt und erweitert wird.

**kreative
Konzepte**

Sicherheit ist nicht gleich Überwachung

Der Wunsch der Frankfurter Bürgerinnen und Bürger nach Sicherheit in ihrer Stadt ist ebenso verständlich wie der Eindruck von dessen Erfüllung subjektiv. Wir Frankfurter GRÜNE wenden uns deshalb gegen blinden Aktionismus, der oftmals in Ausgrenzung und Verletzung von Persönlichkeitsrechten mündet. Statt dessen setzen wir auf Prävention und vorausschauende Konzepte zum Beispiel bei der Stadtplanung. Sicherheit und Überwachung sind keine Synonyme.

Eine Verschärfung der Gefahrenabwehrverordnung ist mit uns GRÜNEN nicht zu machen. Der öffentliche Raum muss allen Mitgliedern der Stadtgesellschaft offen stehen. Obdachlose und Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen brauchen Hilfsangebote, nicht Ordnungsmaßnahmen. Entsprechend ist auch das Wirken der Stabsstelle Sauberes Frankfurt auf ein klares Aufgabenfeld zu reduzieren. Wir werden darauf achten, dass diese Stabsstelle nicht zu einem Instrument der Verdrängung missliebiger Personengruppen aus dem öffentlichen Raum verkommt.

Videoüberwachung lehnen wir ab. Sie führt nur zur Verdrängung der Kriminalität und birgt die Gefahr des Missbrauchs. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist ein schützenswertes Gut unserer Gesellschaft. Einem freiwilligen Polizeidienst durch Bürgerinnen und Bürger erteilen wir GRÜNE ebenfalls eine Absage. Die Zivilgesellschaft setzt auf Hilfeleistungen der Menschen untereinander, nicht darauf, dass hoheitliche Aufgaben ersetzt werden. Für die erfolgreiche Bekämpfung von Kriminalität ist vielmehr Voraussetzung, dass das Land Hessen bei der Polizei genügend Personal beschäftigt und nicht noch mehr Stellen abbaut.

öffentlicher Raum

Videoüberwachung

Polizei

Gut wohnen in allen Lebenslagen

Die angemessene Versorgung der Frankfurter Bürgerinnen und Bürger mit Wohnraum verstehen wir GRÜNE als Teil der von der Kommune zu leistenden Daseinsvorsorge. Die Kommune darf sich nicht mit Verweis auf die Kräfte des freien Marktes aus der Verantwortung stehlen, wenn es darum geht, auch für einkommensschwache Frankfurter Haushalte oder Familien mit Kindern angemessene Wohnungen bereitzuhalten. Wohnungspolitik umfasst jedoch nicht nur soziale, sondern auch wirtschaftspolitische Aspekte. Wohnungspolitik ist auch Standortpolitik, da ein unzureichender und überbelegter Wohnungsmarkt ein Hemmnis für Unternehmensansiedlungen ist. Deshalb sehen wir GRÜNE die Stadt Frankfurt in der Pflicht, auch auf die Entwicklung in den höherpreisigen Segmenten des Wohnungsmarktes Einfluss zu nehmen. Ziel GRÜNER Wohnungspolitik ist ein stabiler, allen Bevölkerungsschichten zugänglicher, nutzerorientierter Wohnungsmarkt, der dem demografischen Wandel nicht unvorbereitet gegenübersteht. Wir GRÜNE setzen uns auch weiterhin für alternative Wohn- und Lebensformen, darunter zum Beispiel auch Bauwagensiedlungen oder die Wohngemeinschaft Bonames, ein.

Wohnungs- markt

Wichtig zur Einflussnahme auf den Wohnungsmarkt sind die Wohnungsbaugesellschaften in öffentlicher Hand. Einen Verkauf städtischer Wohnungsbauunternehmen an private Investoren, wie er derzeit in Mode ist, wird es mit uns GRÜNEN nicht geben. Bei der Nassauischen Heimstätte, wo die Stadt eine Minderheitsbeteiligung hält, wollen wir, dass die Stadt Frankfurt ihr Vetorecht dazu nutzt, den geplanten Verkauf durch das Land an private Investoren zu verhindern. Sollte sich ein Verkauf trotz Ausschöpfung aller rechtlichen Mittel nicht abwenden lassen, werden wir darauf drängen, dass die Erlöse wiederum in Wohnungen investiert werden und die Stadt Frankfurt ein Vorkaufsrecht für die Frankfurter Wohnungen erhält. Eine ganz andere Sache ist der von uns GRÜNEN initiierte Verkauf städtischer Wohnungen an Mieterinnen und Mieter. Wer seine Wohnung kauft, ist mit Wohnraum versorgt, und mit den Erlösen lassen sich zusätzliche Wohnungen bauen oder städtische Belegungsrechte für bereits bestehende Wohnungen kaufen. Wir wollen keinen Ausverkauf städtischer Wohnungen betreiben, sondern das selbstgenutzte Wohneigentum fördern. Einen Verkauf städtischer Wohnungen an Dritte lehnen wir deshalb strikt ab.

Verkäufe

Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften müssen zwar wirtschaftlich agieren, sie tragen jedoch auch soziale Verantwortung. Wir GRÜNE fordern deshalb, dass die städtischen Wohnungsbaugesellschaften künftig bei ihrer Mietpreisgestaltung einen zehnpromtigen Abstand zum Mietspiegel einhalten. Das kommt den Mieterinnen und Mietern der ABG zugute, wirkt sich aber auch insgesamt mäßigend auf den Mietspiegel und damit die Frankfurter Mietpreise aus. Ebenso wollen wir im Hinblick auf Sanierungen ein Umdenken bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften erreichen – weg

Mietpreise

von aufwendigen Konzepten, hin zu einer maßvollen Modernisierung, die keine großen Mieterhöhungen nach sich zieht.

Für uns GRÜNE ist ein verlässlicher Mietspiegel in Frankfurt unverzichtbar. Bei seiner Erstellung muss jedoch künftig mehr Transparenz herrschen; Teile der Mietspiegelkommission auszugrenzen, anstatt auf konsensuale Entscheidungen hinzuwirken, gefährdet die Rechtssicherheit des Mietspiegels. Außerdem fordern wir GRÜNE, dass endlich auch ökologische Kriterien im Mietspiegel Berücksichtigung finden.

Mietspiegel

Nach wie vor fehlen in Frankfurt Wohnungen, und zwar in jedem Preissegment. Wir GRÜNE wollen die Weichen stellen für mehr Neubaumaßnahmen in Frankfurt. Genossenschaftliche Modelle und das Bauen in privaten Baugruppen müssen künftig viel stärker gefördert werden, zum Beispiel durch kompetente Beratung, die Vergabe von Erbbaugrundstücken, zinsgünstige Kredite oder auch die Beteiligung der Stadt oder stadtnaher Gesellschaften an geeigneten Projekten. Die städtischen Wohnungsbauunternehmen müssen in den Wohnungsneubau investieren, anstatt nur ihr Eigenkapital zu mehren oder es in Aufwandsmodernisierungen zu stecken. Kommunale Fördergelder sind wichtig zur Ankurbelung des Neubaus preisgünstiger Wohnungen und führen mittelfristig auch zu einer Entlastung des Sozial-etats. Wir GRÜNE fordern deshalb eine deutliche Aufstockung der kommunalen Fördergelder. Gleichzeitig jedoch sollen diese nur noch für zukunftsweisende Projekte vergeben werden – für Gebäude im Passivhausstandard, Wohnen für Familien mit Kindern, familiengenerationsübergreifendes Wohnen, barrierefreie Wohnungen. Einen Rückbau von Wohnhochhäusern, wie er derzeit im Gespräch ist, lehnen wir GRÜNE angesichts der angespannten Lage auf dem Frankfurter Wohnungsmarkt ab.

**private
Initiativen**

Neubau

Dringend vergrößert werden muss das Angebot an seniorengerechten Wohnungen durch Neubau und den Umbau im Bestand. Wir GRÜNE fordern die Förderung von Wohn- und Wohnungsgemeinschaften für Seniorinnen und Senioren durch geeignete Wohnraumangebote und die Implementierung spezieller Dienstleistungen für ältere Menschen, zum Beispiel Gesundheitsdienste, Einkaufs- und Haushaltshilfen oder Wäschedienste, bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften.

**ältere
Menschen**

Kunst, Kultur und Freizeit, lebendig und vielfältig

Kultur findet für uns GRÜNE nicht nur in traditionellen Bahnen statt. Kultur umfasst für uns zum Beispiel auch die lebendige Frankfurter Clubszene, Graffitikünstler, Filmschaffende und im Internet kreativ Tätige. Wir wollen eine Stadt, die für alle Formen von Kultur offen ist und in der sich Kunst frei entfalten kann. Um einer restriktiven Kulturpolitik, die bestimmte Kunst- und Kulturformen ausgrenzt, einen Riegel vorzuschieben, fordern wir mehr Transparenz bei der Budgetzuweisung und bei Personalfragen.

Die freie Szene mit ihren vielen Facetten und Eigenheiten wollen wir GRÜNE besonders fördern und deren Produktionsbedingungen durch Projektfördermittel und ein ausreichendes Angebot an geeigneten Räumen verbessern. Auch werden wir darauf achten, dass junge Menschen, die in Clubs, Galerien und anderen Projekten in Frankfurt Kultur auf eigenes Risiko schaffen und dabei die Grenzen zwischen Kunst und Kommerz überspringen, von städtischer Seite Unterstützung erfahren. Wir wollen, dass dieser jungen Kulturszene keine unnötigen bürokratischen Hindernisse in den Weg gelegt werden und dass die Stadt ihr den Raum lässt für ihre Ideen. Wir wollen eine Servicestelle bei der Stadt schaffen, die berät und Ämterhilfe leistet, etwa bei der Suche nach leerstehenden Räumen für eine Zwischennutzung oder beim Einholen von Genehmigungen.

Auch in den nächsten Jahren werden wir uns für mehr kulturelle Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche einsetzen. Wir GRÜNE wollen, dass alle von der Stadt Frankfurt geförderten Kultureinrichtungen sich verpflichten, fünfzehn Prozent ihrer kulturellen Angebote für und mit Kindern und Jugendlichen zu konzipieren und umzusetzen.

Kulturelle Bildung muss unabhängig vom sozialen Hintergrund und den Einkommensverhältnissen der Eltern möglich sein, um Kindern und Jugendlichen einen selbstverständlichen Zugang und unbefangenen Umgang mit verschiedenen Dimensionen von Kultur zu eröffnen. Deshalb fordern wir GRÜNE als ersten Schritt eine Erweiterung des Frankfurt-Passes um die Möglichkeiten des Zugangs zu Kunst, Kultur, Sport und musikpädagogischen Angeboten für Kinder und Jugendliche unter achtzehn Jahren aus einkommensschwachen Familien.

Der demographische Wandel wird uns auch in den nächsten Jahren aufgeben, Konzepte zu entwickeln, wie eine immer älter werdende Gesellschaft am kulturellen Leben weiter partizipieren kann. Eine große Besuchergruppe, gut ausgebildet und im kulturellen Leben geschult, wird besonderes Augenmerk für ihre Belange – zum Beispiel die Probleme, die mit schwindender Mobilität einhergehen – brauchen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass Frankfurt als Ort für Filmschaffende sowie Filmproduzentinnen und –produzenten gestärkt wird. Neben gezielten Maßnahmen des Standortmarketings und zur Unternehmensansiedlung kann dies durch die Einrichtung eines Frankfurter Filmpreises geschehen.

freie Szene

Servicestelle

Kinder und Jugendliche

ältere Menschen

Film

Wenn sich der Trend fortsetzt, dass die Frankfurter Museen allein mit Verweis auf das Kostenargument zu immer größeren Verwaltungseinheiten zusammengeführt werden, droht unsere Museumslandschaft zu veröden und die Transparenz bei Budget- und Personalfragen zu schwinden. Wir GRÜNE setzen deshalb, um Pluralität in den Zugängen zu Kunst und Kultur zu wahren, auch in Zukunft auf vielgestaltige, autonome Museen. Für das Museum der Weltkulturen fordern wir eine Ausstellungshalle, um endlich dessen notorische Raumnot zu beenden und die Öffnung des Hauses für alle Kulturen der Welt zu unterstützen. Für das Historische Museum fordern wir eine qualitätsvolle Erneuerung am bestehenden Ort.

Museen

Frankfurts Städtische Bühnen und Museen müssen vom Land Hessen endlich gleichgestellt werden mit den Theatern und Museen von Darmstadt, Wiesbaden und Kassel. Erst wenn dieses dringlichste finanzielle Problem gelöst ist, wird die notwendige kulturelle Zusammenarbeit in der Region Rhein-Main eine Chance haben.

Land Hessen

Für Entscheidungen über die Gestaltung des öffentlichen Raumes, insbesondere der Plätze unserer Stadt, muss ein transparentes Verfahren entwickelt werden, das auch die Bevölkerung einbezieht.

öffentlicher Raum

Die Beschäftigung mit der Geschichte unserer Heimatstadt während des Nationalsozialismus werden wir weiter fördern. Für die Orte des Erinnerns muss ein schlüssiges Konzept erarbeitet werden. Hinsichtlich der Gedenkstätte *Großmarkthalle* muss es bald zu positiven und nachvollziehbaren Entscheidungen kommen. Für das neukonzipierte Historische Museum fordern wir einen Ausstellungsraum zum Auschwitz-Prozess 1963.

NS-Zeit

Baudenkmale sind in Frankfurt häufig in ihrer Existenz bedroht. Doch einen Abriss der Kleinmarkthalle oder der Wohnbebauung an der Berliner Straße wird es mit uns nicht geben. Wir wollen dem Denkmalschutz in Frankfurt wieder mehr Geltung verschaffen. Eine Verbesserung der Arbeit des städtischen Denkmalamts ist dringend geboten. Dazu bedarf es einer umfassenden Neuausrichtung. Wir fordern, dass die personellen Engpässe des Denkmalamtes beseitigt werden und dass es dem Zugriff des Stadtplanungsamt entzogen und dem Kulturamt unterstellt wird.

Denkmale

Wir GRÜNE setzen uns auch weiterhin für den Erhalt und die Modernisierung der Frankfurter Schwimmbäder ein. Insbesondere gilt es das Freibad in Hausen zu erhalten, dessen Existenz durch das Frankfurter Bäderkonzept 2004 in Frage gestellt wird.

Schwimmbäder

Wirtschaftspolitik, sozial und ökologisch

Die Kommunen sind aufgefordert, geeignete Rahmenbedingungen für erfolgreiches Wirtschaften und einen Zuwachs an Arbeitsplätzen zu schaffen. Wir Frankfurter GRÜNE verfolgen eine Wirtschaftspolitik, die sozialer und ökologischer Verantwortung verpflichtet ist. Ein Wachstum um jeden Preis – ohne Rücksicht auf den sozialen Zusammenhalt der Stadtgesellschaft und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen – wird es mit uns GRÜNEN nicht geben. Auch für Frankfurt und die Rhein Main Region gilt, dass der Umweltschutz und wirtschaftliches Wachstum sich nicht ausschließen.

Frankfurt und das Rhein-Main-Gebiet gehören zu den wirtschaftsstarken Regionen Europas. Im Wettbewerb dieser Regionen untereinander muss das Rhein-Main-Gebiet weiter zusammenwachsen. Deshalb geht es nicht nur um ein gemeinsames Standortmarketing für die Region. Vielmehr ist unser Ziel ein gemeinsames Vorgehen von Frankfurt und den Umlandgemeinden auch in der Wirtschaftsförderung, eine anteilige Finanzierung von Infrastruktur- und Investitionskosten und eine Harmonisierung der Gewerbesteuerhöhe sowie der anteiligen Ausschüttung der Gewerbesteuererinnahmen.

Die gewachsene Einzelhandelsstruktur Frankfurts muss auch in Zukunft gegen überdimensionierte Projekte wie das UEC als Einkaufszentrum ohne überstädtische kulturelle Attraktivität geschützt werden. Nur so können ein gnadenloser Wettbewerb gegen den bestehenden Einzelhandel sowie eine Verödung der Innenstadt und der Stadtteile verhindert werden. Wir setzen uns für eine weitere Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten in ausgewählten Bereichen – zum Beispiel Waschsalons oder Videotheken – ein, halten aber an der gesetzlichen Regelung, höchstens vier Sonntage im Jahr zu öffnen, fest.

Die kommunale Finanzierung des erfolgreich arbeitenden Existenzgründungszentrums *Kompass*, das Existenzgründerinnen und -gründern günstige Mieten, Beratung und logistische Hilfestellung anbietet, muss auch in Zukunft sichergestellt werden. Entgegen der einseitigen Abhängigkeit vom Finanzsektor muss die Wirtschaftsstruktur in Frankfurt weiter diversifiziert werden. Medien, IT-Unternehmen, Umweltechnologie, Biotechnologie und weitere Dienstleistungen müssen in Frankfurt angesiedelt werden, denn gerade kleinere und mittlere Unternehmen schaffen Arbeitsplätze. Die Kommune muss hier ihre Steuerungsmöglichkeiten konsequent nutzen.

Region

Einzelhandel

Existenzgründungen

Für eine nachhaltige kommunale Finanzpolitik

Die haushaltspolitischen Entscheidungen von uns GRÜNEN orientieren sich am Grundsatz der Nachhaltigkeit. Sie sind den Erfordernissen der Gegenwart und der Verantwortlichkeit gegenüber den nachfolgenden Generationen verpflichtet. Nur ein Kurs der weiteren Haushaltskonsolidierung sichert die kommunalpolitische Handlungsfähigkeit. Dazu bedarf es einer Verstärkung der Einnahmen ebenso wie eines Schuldenabbaus. Ein weiterer Konsolidierungskurs bedeutet jedoch nicht Sparen um jeden Preis, sondern auch zukunftsweisende Investitionen in den Substanzerhalt und den sozialen Zusammenhalt - etwa in der Bildung und der Sozialpolitik. Zudem können Investitionen, die der Stärkung der Stadt als Wirtschaftsstandort dienen, gezielt zur Verbesserung der Haushaltssituation eingesetzt werden. Wir GRÜNE fordern deshalb zur Stärkung hier ansässiger kleineren und mittleren Unternehmen ein kommunales Konjunkturprogramm.

Konjunkturprogramm

Auch Unternehmen müssen sich steuerlich an der Finanzierung kommunaler Aufgaben beteiligen. Deshalb ist für uns GRÜNE die Beibehaltung der Gewerbesteuer unverzichtbar. Einer Senkung des derzeitigen Gewerbesteuerhebesatzes von 490 Punkten werden wir nur dann zustimmen, wenn die bisherige Finanzierung grundlegender kommunaler Leistungen anderweitig gesichert ist.

Gewerbesteuer

Weiteren Verlagerungen kommunaler Aufgaben in privatrechtlich geführte städtische Unternehmen oder städtische Eigenbetriebe und weiteren langfristigen Finanzierungsmodellen wie Public Private Partnership werden wir GRÜNE nur dann zustimmen, wenn Einspareffekte unstrittig und transparent nachgewiesen werden, die kommunalpolitische Kontroll- und Entscheidungsrechte des Stadtparlaments als gewähltes Organ der Frankfurter Bürgerinnen und Bürger gewahrt bleiben und die Belange der städtischen Beschäftigten genügend Berücksichtigung finden. Außerdem setzen wir uns für die vermehrte Implementierung von Stiftungsmodellen zur Wahrnehmung kommunaler Aufgaben ein. Wo es möglich und sinnvoll ist, kann sich die öffentliche Hand aus der Beteiligung von Unternehmen zurückziehen. Deshalb treten wir Frankfurter GRÜNE weiterhin für einen Verkauf der städtischen Anteile am Flughafen ein. Die Messe wiederum kann durch eine private Beteiligung bei gleichzeitiger Aktienmehrheit der Stadt Frankfurt für den internationalen Wettbewerb und als Motor für die lokale Wirtschaftsförderung gestärkt werden. Konsolidierung des Haushaltes bedeutet nachhaltigen Umgang mit veräußertem städtischem Vermögen. Privatisierungserlöse, etwa aus einem Verkauf von städtischen Anteilen an der Frankfurter Messe oder dem Flughafen, dürfen nicht für konsumtive Zwecke im Haushalt versickern, sondern müssen dem Schuldenabbau und anderen Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltssituation sowie der Realisierung unabdingbarer Investitionen zum Beispiel im Kita- und Schulbereich dienen. Privatisierungen in Bereichen, die der Daseinsvorsorge – zum Beispiel der Trinkwasserversorgung – dienen, lehnen wir GRÜNE strikt ab.

PPP u. ä.

Privatisierungen

Regional denken, kommunal handeln

Die Rhein-Main-Region muss endlich handlungsfähig werden und ihre Vorteile als Lebens- und Wirtschaftsort entfalten können. Die Landesregierung ist mit ihren Versuchen zur Organisation der Region bislang gescheitert. Auch das jüngste Projekt eines kulturellen Zwangsverbandes zur Finanzierung von so genannten „Leuchttürmen“ in Frankfurt und der Region würde die Stadt Frankfurt erheblich entlasten, der finanzielle Beitrag des Landes Hessen bleibt jedoch völlig unzureichend.

Die ungerechte Lastenverteilung in der Region beschränkt sich nicht auf den kulturellen Sektor und bedarf einer Lösung im Rahmen einer umfassenden Regionalreform. Deshalb wollen wir GRÜNE in einem ersten Schritt die Aufgaben des Planungsverbands erweitern. Unser Ziel ist ein dreistufiger Verwaltungsaufbau mit den Ebenen der Kommune, eines Regionalkreises mit einem direkt gewählten Parlament und dem Land. Nach dem Prinzip der Subsidiarität soll dabei alles, was von Frankfurt und den anderen Kommunen gemacht werden kann, dort auch – verbunden mit den entsprechenden finanziellen Mitteln – gemacht werden. Auch der bisherige geographische Zuschnitt des Ballungsraumgesetzes sollte überprüft werden. Statt der im Ballungsraumgesetz vorgesehenen Schaffung von zahlreichen Zwangsverbänden ohne direkte demokratische Kontrolle setzen wir uns für durchschaubare Strukturen mit klaren Verantwortlichkeiten gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern ein.

Land Hessen

**Planungs-
verband**

**Regional-
kreis**

Hin zu einer modernen Stadtverwaltung

Eine moderne Dienstleistungsverwaltung muss bezahlbar, bürgerorientiert und effizient sein, verstärkt Wünsche der Bürgerinnen und Bürgern einbeziehen und ihrer Vorbildfunktion für private Unternehmen entsprechend agieren. Der Magistrat ist gefordert, ein entsprechendes Leitbild der Stadt zu erarbeiten und politisch zu garantieren. Die Beschäftigten müssen in den notwendigen Reformprozess eingebunden und allgemeine Grundsätze wie zum Beispiel Gender Mainstreaming und Korruptionsprävention umgesetzt werden. Die Herstellung größtmöglicher Transparenz und die strikte Einhaltung von Korruptionspräventionsmaßnahmen ist in allen Dimensionen des Verwaltungshandelns und des politischen Handelns zu gewährleisten. Sämtliche Maßnahmen der Verwaltungsreform sind auf ihre möglicherweise unterschiedlichen Auswirkungen auf Frauen und Männer hin zu prüfen. Gleiches gilt für haushaltswirksame Entscheidungen; außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass die Vergabe öffentlicher Aufträge künftig an Frauenfördermaßnahmen gebunden ist.

Verwaltungsreform

Die Personalentwicklungskonzepte sind durchgängig gleichstellungsorientiert zu gestalten und weiterqualifizierende Maßnahmen müssen so entwickelt werden, dass sie auch den weiblichen Mitarbeiterinnen Aufstiegsmöglichkeiten eröffnen. Wir wollen den Abschluss einer neuen Dienstvereinbarung, in der weiterhin der Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen festgeschrieben ist. Um den Wettbewerb der besten Ideen zu fördern, sollen alle dazu geeigneten Anreize wie zum Beispiel Prämien ausgebaut werden. Die Anerkennung der gewählten Vertretungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Stadtverwaltung und den städtischen Gesellschaften gehört zu unserem GRÜNEN Selbstverständnis; hier darf es auch künftig keine zwei Klassen von Beschäftigten geben.

Dienstvereinbarung

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf voranzubringen, muss eine Bestandsaufnahme und Überprüfung der bisherigen Maßnahmen des Magistrats durch das Audit *Beruf und Familie* erfolgen. Auch fordern wir GRÜNE, Eltern durch flexible Arbeitsformen und Angebote betrieblicher Kinderbetreuung mehr als bislang unterstützen.

Beruf und Familie

Angesichts der unverändert hohen Jugendarbeitslosigkeit fordern wir GRÜNE mehr Ausbildungsplätze in der Stadtverwaltung. Eine Erhöhung der Ausbildungsquote über den tatsächlichen Bedarf hinaus mit einer anschließenden, auf ein Jahr befristeten Einstellung soll in denjenigen Berufsbildern erfolgen, die eine realistische Chance auf dem Arbeitsmarkt versprechen.

Lehrstellen

Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an relevanten Entscheidungen ist ausbauen, dazu sind die Möglichkeiten des Internets, beispielsweise elektronische Befragungen oder Diskussionsforen, zu nutzen. Ebenso soll das Dienstleistungs- und Informationsangebot der Stadt unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger weiter ausgebaut und optimiert werden. Auch hier sollen alle erdenklichen Formen des E-Governments Anwendung fin-

E-Government

den. Um allen Frankfurterinnen und Frankfurtern den Zugang zu elektronischen Angeboten zu erleichtern, wollen wir den Einsatz von Open Source-Lösungen in der Stadtverwaltung voranbringen.

Ortsbeiräte stärken, Bürgerbeteiligung fördern

Politik muss sich glaubwürdig und verlässlich auch vor Ort vermitteln. Wir GRÜNE wollen, dass die Kompetenzen der Ortsbeiräte nicht zugunsten zentraler Entscheidungsmacht schleichend eingeschränkt, sondern gestärkt und ausgebaut werden. Wichtig dafür ist, dass der Magistrat und die Stadtverordneten im Römer in ihre eigene Zeitplanung einbeziehen, den Ortsbeiräten für die Erläuterung und Diskussion der Vorlagen grundsätzlich einen Monat Zeit einzuräumen. Und es ist notwendig, auf Kritik und Anregungen aus den Ortsbeiräten zu hören und sich damit ernsthaft auseinandersetzen.

Wir GRÜNE setzen dafür ein, dass Ortsbeiratsmitgliedern sowie interessierten Bürgerinnen und Bürgern in allen öffentlichen Ausschusssitzungen der Stadtverordnetenversammlung unter einem besonderen, verbindlich anzusetzenden Tagesordnungspunkt Rederecht eingeräumt wird. Die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung ist entsprechend zu ergänzen.

Rederecht

Wir wollen erreichen, dass die Ortsbeiräte im Hinblick auf die ihnen gegebenen Kompetenzen mehr Unterstützung als bislang vonseiten des Magistrats und den einzelnen Ämtern erfahren. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den städtischen Ämtern fordern wir Fortbildungsangebote, die ihnen vermitteln, wie sie ihre Vorträge in den Ortsbeiratssitzungen verständlicher gestalten können und wie ihr Umgang mit deren Kritik bürgerfreundlicher wird.

Kompetenzen

Für kleinere Maßnahmen sollen die Ortsbeiräte Geldmittel zur eigenen Verfügung erhalten, damit sie vor Ort unstrittige Maßnahmen – zum Beispiel Verbesserungen in Grünanlagen, das Aufstellung von Bänken oder das Setzen von Pollern – zeitnah umsetzen können, ohne lang auf die Ämter warten zu müssen. Damit transparent wird, wie viel Geld die Stadt in welchem Ortsbezirk investiert, fordern wir, dass der städtische Haushalt künftig nach Ortsbezirken aufgeschlüsselte Ausgabenposten ausweist.

Geldmittel

